

TRANSPARENTES WIEN

NEOS sorgt in Wien für echte Transparenz, effektive Kontrolle und effiziente Verwaltung.

Wir brauchen anständige und saubere Politik für uns Wiener_innen. Das System, das die Altparteien über Jahrzehnte aufgebaut haben, fördert Sesselkleber und abgehobene Funktionäre. Zu vielen Politiker_innen in Wien geht es nur um Macht. Sie haben wenig Interesse daran, Lösungen für uns Bürger_innen zu finden.

Die Stadtregierung muss der Bevölkerung dienen und nicht umgekehrt. Die vielen Skandale des rot-grünen Wiens der letzten Jahre zeigen, dass Macht starke Kontrolle braucht. Wir haben ein Recht zu wissen, wohin unsere Steuergelder fließen.

Eine moderne Stadt bindet Bürger_innen rechtzeitig in Entscheidungen ein. Wiener_innen brauchen mehr Möglichkeiten, ihre Sorgen und Wünsche in die politische Diskussion einzubringen. Bürger_inneninitiativen verdienen es, ernst genommen zu werden. Statt die Ignoranz der Regierenden zu erfahren, müssen sie mehr Gehör für ihre Anliegen finden.

Wir verlangen auch mehr Einblick in die durch Misswirtschaft, Freunderlwirtschaft und Ineffizienz geprägten Stadtfinanzen. Tag für Tag wird so Geld aus dem Fenster geworfen, das anderswo fehlt. Zudem macht die rot-grüne Stadtregierung auch während Hochkonjunkturphasen neue Schulden. Diese Schuldenpolitik belastet kommende Generationen. Sie kostet Geld und Chancen.

Holen wir Bürger_innen uns die Stadt zurück!

Transparenz und Anti-Korruption

Viele Politiker_innen reden über Transparenz, aber zu wenige leben sie. Dabei ist sie das wirksamste Mittel gegen strukturelle Korruption und Machtmissbrauch. Sie veranschaulicht, wo Verbesserungen nötig sind, und macht dadurch Reformen möglich. Transparenz stützt die Demokratie und hilft Bürger_innen dabei, informierte und fundierte Entscheidungen zu treffen.

Wir Wiener_innen haben derzeit kein Recht auf einen transparenten Informationszugang. Stattdessen müssen wir viel Zeit und Mühe aufwenden, um an Information zu gelangen. Machen wir Transparenz zu einem Qualitätskriterium, an dem politische Verantwortliche und die Verwaltung gemessen werden.

- Wir fordern ein Informationsfreiheitsgesetz, das den freien und kostenlosen Zugang zu Informationen über die Stadt und ihre Geschäfte, Dokumente und Verträge gewährleistet. Durch e-Government und Open Data soll ein konkreter Mehrwert entstehen.
- Bürger_innenanfragen sollen per Ticket-System besser kategorisiert und nachverfolgbar gemacht werden, damit nichts verlorenght und alle immer wissen, wo ihre Anliegen gerade stehen.
- Wichtige Sachverhalte wie die Finanzgebarung und Beteiligungen der Stadt, inklusive aller nahestehenden Unternehmungen, sollen in einem zentralen Informationsregister einsehbar, nachvollziehbar und kontrollierbar sein.
- Verträge, Vergaben und weitere Rechtsgeschäfte der Stadt Wien sollen erst in Kraft treten, wenn sie allen Bürger_innen online zur Verfügung stehen.

Politiker_innen haben zu viele Möglichkeiten, sich struktureller Korruption zu bedienen. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wird ein potenzieller Einfluss von Parteibüchern oder Freunderlwirtschaft zu wenig kontrolliert.

- Wir fordern die Einführung einer unabhängigen Vergabekommission, die den Ausschreibeprozess von städtischen Aufträgen überwacht. So entstehen faire Spielregeln bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und gleiche Chancen für alle. Unabhängig davon, wen man kennt oder welches Parteibuch man hat.
- Wir fordern die Einführung eines Verbots von Aufträgen der öffentlichen Hand an Unternehmen und Institutionen, die im Eigentum oder Einflussbereich von Parteien sind.

Jahr für Jahr vergibt die Stadt Wien mehrere hundert Millionen Euro an Förderungen. In einem undurchsichtigen Dschungel werden auch zahlreiche parteinahe Vereine gefördert. Wir wollen strategische Förderziele und effektive Kontrolle, um mögliche Interessenskonflikte von Entscheidungsträger_innen zu beenden.

- Wien muss ein Subventionsgesetz einführen, das eine rechtliche Grundlage für das Förderwesen schafft. In allen Bereichen muss es strategische Förderziele und transparente Förderkriterien geben. Die Mittelverwendung muss flächendeckend kontrolliert und evaluiert werden. Der Stadtrechnungshof soll auch in diesem Bereich Kontrollrechte bekommen.

- Die Stadt muss sich unverzüglich an der Transparenzdatenbank des Bundes beteiligen, auch um Doppelgleisigkeiten und Ineffizienz bei der Fördervergabe abzustellen.
- Durch transparente Kriterien und Evaluierung der Qualität kann viel Geld eingespart werden. Das Fördervolumen der Stadt soll um ein Drittel gesenkt werden.

Wirksame Maßnahmen gegen strukturelle Korruption und Steuergeldverschwendung sind in Wien nicht vorgesehen. Somit haben Politiker_innen viele Mittel zur Verfügung, die sie nach eigenem Ermessen verteilen können. Hier muss effektiv kontrolliert und eingegriffen werden.

- Wir fordern eine rechtswirksame Politikerhaftung. Politiker_innen müssen, so wie es auch in der Privatwirtschaft üblich ist, gesetzlich für ihre Taten im Amt Verantwortung tragen und für entstandene Schäden unter strengen Bedingungen haften müssen.
- Wir fordern eine zwölfmonatige Cooling-off-Phase für Mitglieder der Stadtregierung. Es kommt viel zu oft vor, dass Politiker_innen gleich nach Verlassen ihres Amtes für ein Unternehmen tätig werden, das von ihren Entscheidungen im Amt profitiert hat. Die Cooling-off-Phase von 12 Monaten direkt nach dem Ausscheiden aus dem Amt soll das verhindern.
- Es braucht eine Plattform für anonyme Whistleblower, die über Missstände in der Verwaltung berichten wollen. Diese Menschen sollen nicht unter Druck gesetzt werden können, wenn sie Fakten ans Licht bringen.
- Um die Postenschacherei und die Bestellung nach Parteibuch zu beenden, fordern wir die Einführung einer zentralen Jobstelle der Stadt Wien für Verwaltungsposten. Offene Stellen sollen transparent, mit klaren Kriterien und Kompetenzprofilen ausgeschrieben werden. So bleibt die Besetzung auch im Nachhinein immer nachvollziehbar.
- Wir fordern die Einführung einer unabhängigen, weisungsfreien Antikorruptionsstelle. Diese soll die Verwaltung kontrollieren und jährlich an den Gemeinderat berichten müssen.

Der Wiener Landtag und Gemeinderat sind für Entscheidungen zuständig, aber auch für die wichtige Aufgabe der Kontrolle der Stadtregierung. In Wien sind die Kontrollrechte der Opposition sehr wenig entwickelt. Ein selbstbewusstes Parlament ist das schlagende Herz der Demokratie und muss daher auch die Regierenden zur Verantwortung ziehen können.

- Das Interpellationsrecht – also das Fragerecht gegenüber Mitgliedern der Stadtregierung – muss auch für ausgelagerte Gesellschaften gelten. Bislang wirtschaftet dieser riesige Bereich komplett im toten Winkel der parlamentarischen Kontrolle.
- Durch eine umfassende Reform wollen wir die Unabhängigkeit des Stadtrechnungshofs stärken und seine Prüfbefugnisse ausweiten. Das ist insbesondere im Bereich der Vereinssubventionen und der Parteienfinanzierung wichtig.

- Damit Untersuchungskommissionen und Untersuchungsausschüsse den Missständen in der Stadt wirklich auf den Zahn fühlen können, fordern wir eine Modernisierung dieser Instrumente, zum Beispiel durch eine Ausweitung der Minderheitenrechte im Verfahren.

Bürger_innenbeteiligung und Demokratie

Unser Ziel ist es, dass in Wien eine neue Kultur aktiver Bürger_innen entsteht, die ihre Stadt mitgestalten. Die Politik muss die Bürger_innen als Auftraggeber wahrnehmen, statt als Störfaktor. Prozesse der Bürger_innenbeteiligung müssen verbindlichen Kriterien folgen, transparent sein und alle Bevölkerungsgruppen zur Teilhabe einladen und ermutigen.

Beteiligung muss immer bei der Ideenfindung für Projekte beginnen und nicht erst dann, wenn es Widerstand gegen Vorhaben gibt, die bereits vor der Umsetzung stehen. Es muss von Beginn an der Kompromiss von berechtigten Interessen gesucht werden und zwischen unterschiedlichen Anliegen vermittelt werden.

Wien braucht eine neue Mitmach-Kultur mit dem Ziel, Bürger_innenbeteiligung zu einem natürlichen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens zu machen. Eine solche Kultur soll dafür sorgen, dass Bürger_innen und Politik Seite an Seite sinnvolle und effizient gestaltete Projekte durchführen und die Lebensqualität in unserer Stadt erhöhen.

Die Teilnahme der Bürger_innen an politischen Beteiligungsprozessen hat leider keine Tradition in Wien. Engagierte Wiener_innen müssen sich das Gehör für ihre Anliegen oft hart erkämpfen. Diese Hürden führen dazu, dass die Bevölkerung eine berechnete Wut auf ihre politischen Vertreter entwickelt und das Vertrauen schwindet. Es gehen außerdem viele wertvolle Ideen verloren, die das Leben in Wien bereichern könnten.

- Das Bekenntnis zu Bürger_innenbeteiligung muss als Leitprinzip der Wiener Politik in der Stadtverfassung festgeschrieben werden.
- Damit sich die Bürger_innen darauf verlassen können, dass die Beteiligungsverfahren fair und geregelt stattfinden, braucht es ein eigenes Gesetz, in dem Partizipationsbestimmungen definiert werden.
- Das Wiener Heumarkt-Desaster hat gezeigt, welche Auswirkungen bauliche Projekte auf die Bevölkerung haben können. Deshalb soll in der Bauordnung verankert werden, dass künftig bei allen Projekten – egal, ob stadtweit (Beispiel Siedlungsgrenzen), lokal (Beispiel Bezirksentwicklungspläne) oder sektoral (Beispiel Hochhauskonzept) – die Bevölkerung informiert, aktiv befragt und somit in die Entscheidung miteinbezogen werden muss.
- Dabei soll zwischen den drei Stufen der Beteiligungsausprägung unterschieden werden: Information, Konsultation und Kooperation. Die verschiedenen Beteiligungsinstrumente der Stadt Wien sollen diesen Stufen zugeordnet werden. Bei der Zuordnung werden verschiedene Indikatoren bestimmt (etwa betroffene Bevölkerungszahl, Bauhöhe, Umwidmung von Verkehrs- und Grünflächen oder Wunsch aus der Bevölkerung), aufgrund derer sich die Beteiligungsstufe entscheidet.
- Auch Unternehmer_innen können von Bau- oder Verkehrsvorhaben stark betroffen sein und müssen in Beteiligungsverfahren gleichberechtigt einbezogen werden.
- Um Mitbestimmung auf Bezirksebene verbindlich zu etablieren, soll einmal jährlich in einer offenen Bezirksvertretungssitzung über die Zukunft des Bezirks diskutiert werden. An jedem Planungstag wird auch über den Fortschritt der Vorhaben aus dem vergangenen Jahr berichtet.

Durch Petitionen können Bürger_innen wichtige Anliegen in die öffentliche Aufmerksamkeit rücken und die Politik unter Zugzwang setzen. Leider erkennt die Stadtregierung den Wert und die Wichtigkeit von Petitionen oft nicht an und lässt die Bemühungen der Bürger_innen unter den Tisch fallen. Unsere politischen Vertreter_innen müssen begreifen, dass die Wiener_innen keine Bittsteller, sondern ihre Auftraggeber sind.

- Durch eine umfassende Aufwertung des Petitionsrechts soll den Einbringer_innen von Petitionen das Recht eingeräumt werden, vom Petitionsausschuss angehört zu werden.
- Mehr Transparenz in der Offenlegung der Unterstützerzahl ist notwendig, damit die Öffentlichkeit verlässliche Informationen über die Unterstützung von Petitionen bekommt.
- Um zu erreichen, dass Petitionen von der Stadtregierung ernstgenommen werden, fordern wir, dass sie verbindlich in den entsprechenden Fachausschuss kommen. Dort muss der Petitionsinhalt dann behandelt werden.
- Der Petitionsausschuss muss seine Verhandlungen öffentlich abhalten und den Gemeinderat laufend über seine Aktivitäten informieren.

Ein Grund für die geringe Bürger_innenbeteiligung in Wien ist, dass es keine klare Struktur von Ansprechpersonen und Zuständigen gibt. Bürger_innen werden nicht ausreichend über ihre Möglichkeiten informiert und müssen etliche Hürden nehmen, um gehört zu werden.

- Zu Beginn jeder Sitzung der Bezirksvertretung soll eine Bürger_innenfragestunde stattfinden. In dieser können Einwohner_innen des Bezirks dem Bezirksvorsteher oder der Bezirksvorsteherin Fragen zu Bezirksanliegen stellen.
- Für die Bürger_innen nachvollziehbare Protokolle sollen von allen Bezirksvertretungssitzungen und Ausschüssen verpflichtend veröffentlicht werden.
- Die Sitzungen aller Bezirksvertretungen sollen per Live-Stream übertragen werden und in einer Mediathek abrufbar sein.

Die Hürden für das Einleiten von Volksbefragungen und Volksbegehren sind sehr hoch. Deshalb werden sie nur als populistisches Instrument der Parteien eingesetzt. Direktdemokratische Einrichtungen müssen aber vor allem ein Instrument der Bürger_innen sein, um sich Gehör zu verschaffen und ihre Stadt tatsächlich verändern zu können.

- Damit Volksbefragungen und Volksbegehren mehr politisches Gewicht bekommen, braucht es niedrigere Hürden für deren Einleitung. Künftig sollen 1 % der Wahlberechtigten (ca. 10.000 Personen) eine Volksbefragung oder ein Volksbegehren starten können.
- Volksbegehren, die von 3 % der Bevölkerung unterstützt, aber vom Wiener Landtag abgelehnt werden, sollen zwingend Gegenstand einer Volksabstimmung werden.
- Um Bezirksvertretungen aufzuwerten fordern wir, dass Volksbegehren oder Volksbefragungen auch auf Beschluss von mindestens einem Drittel aller Bezirksvertretungen eingeleitet werden können.

- Auch auf Beschluss der Bezirksvertretung oder durch Verlangen von 1 % der Bezirksbewohner_innen soll eine Volksbefragung über Themen, die überwiegend die Interessen der Bezirksbevölkerung betreffen, durchgeführt werden können.
- Nach Schweizer Vorbild muss es klare Regeln für die Information der Öffentlichkeit bei Volksbefragungen und Volksbegehren geben. In einem Abstimmungsheft, das an alle Wahlberechtigten versandt wird, sollen die Argumente der Initiator_innen sowie der im Gemeinderat vertretenen Parteien im gleichen Ausmaß dargelegt sein.
- Über 120.000 Wienerinnen und Wiener leben temporär im Ausland und dürfen bei Wiener Landtagswahlen nicht mitbestimmen. Wir fordern das Wahlrecht für Auslandswiener_innen mit österreichischer Staatsbürgerschaft bei Wiener Landtagswahlen bis 10 Jahre nach der Verlegung des Hauptwohnsitzes ins Ausland.

Abspeckplan für Politik und Verwaltung

Es wird viel zu viel Geld für ein aufgeblähtes politisches System ausgegeben. Unsere Schulen oder unser Gesundheitswesen brauchen diese Mittel dringend für Investitionen in eine nachhaltige Zukunft.

- Wir verlangen einen Abspeckplan für die Wiener Politik. Die Politik muss Ressourcen einsparen, die anderswo dringender benötigt werden.
- Dazu fordern wir die Halbierung der Anzahl der Politiker_innen im Gemeinderat und in den Bezirksvertretungen.
- Um die Bezirkspolitik effizienter zu gestalten, sollen die Bezirksvertretungen in zehn bis zwölf Stadtteilparlamente zusammengelegt werden.
- Weiters müssen Versorgungsposten wie nichtamtsführende Stadträt_innen und Bezirksvorsteherstellvertreter_innen abgeschafft werden, sowie die Trennung von Vorsitz und Präsidium bei Landtag und Gemeinderat mit jeweils eigenen Bezügen und Büros.
- Wien ist das Bundesland mit der höchsten Parteienförderung. Um das Steuergeld der Wiener_innen sinnvoller einsetzen zu können, fordern wir eine Halbierung der Parteienförderung und die Abschaffung der Akademieförderung.

Budgetpolitik

Steuergelder werden derzeit für horrenden Wahlkampfausgaben und verantwortungslose Budgetpolitik verschleudert. Seit Jahrzehnten belastet eine verantwortungslose Schuldenpolitik die kommenden Generationen enorm. Diese werden die Schulden zur Aufrechterhaltung eines aufgeblähten Politsystems zurückzahlen müssen. Der Spielraum für Zukunftsinvestitionen wird deshalb immer kleiner.

- Die Politik von heute muss immer auch das Wohl der nächsten Generationen im Blick haben. Daher fordern wir ein ausgeglichenes Budget über den Konjunkturzyklus durch Einführung einer Stadtschuldenbremse.

- Wien braucht ein langfristiges und transparentes Finanzierungskonzept für nachhaltige und wirtschaftliche Zukunftsinvestitionen. Dies kann durch zweckgebundene Anleihen der Stadt, wie Green und Social Bonds, finanziert werden. Mit solchen zweckgebundenen Finanzierungen belasten wir unsere Kinder und Enkelkinder nicht durch einen Schuldenberg, sondern sichern verantwortungsvoll ihre Zukunft.
- Steuergelder dürfen nicht ohne Konsequenzen verschleudert werden. Deswegen fordern wir eine Senkung der Wahlkampfkostenobergrenze auf einen Euro pro Wahlberechtigte_n mit härteren Sanktionen und Prüfung durch den Stadtrechnungshof.

Das Personalmanagement der Stadt ist veraltet und ineffizient. Ob Besoldung ohne Leistungskomponente, eine ungerechte Gehaltskurve oder sehr eingeschränkte Versetzbarkeit: Das System ist zu unflexibel. Beförderungen haben noch immer stärker mit dem Parteibuch und dem Dienstalter zu tun als mit Leistung. Durch ist die Stadt als Arbeitgeberin für gut ausgebildete Menschen unattraktiv.

- Das Dienstrecht soll flexibilisiert werden. Es braucht mehr leistungsgerechte Vergütungsanreize.
- Homeoffice soll verstärkt ermöglicht werden.
- Bedienstete sollen durch größere persönliche Verantwortungsbereiche stärker motiviert werden.
- Die Gehaltskurve soll über den Lebenszyklus abgeflacht werden, damit (dienst-)junge Bedienstete mehr verdienen.
- Das System der Zulagen muss abgeschafft und durch ein faires und nachvollziehbares Gehaltsschema ersetzt werden.
- Das System der automatischen Gehaltserhöhungen (Biennalsprünge) soll durch leistungsorientierte Indikatoren ersetzt werden.
- Wir fordern die Abschaffung der Sonderregelung, durch die Bedienstete, deren Arbeitsplatz bei Organisationsauflösung oder Umstrukturierung entfällt, ab 55 in den Ruhestand geschickt werden können.
- Wir fordern das Ende der Luxus pensionen. Wien muss diesbezüglich zumindest das Sonderpensionsbegrenzungsgesetz des Bundes umsetzen.

Die Angelegenheiten der Bürger_innen werden zu langsam und bürokratisch geregelt. Die technischen Möglichkeiten für ein besseres Service werden nicht ausreichend genutzt.

- Bei der Digitalisierung der Verwaltung dürfen wir nicht hinterherhinken. Immer mehr Menschen wollen ihre Behördengänge online und mobil erledigen. Durch eine Modernisierung von Verwaltung und Personalmanagement kann die Stadt überflüssige Bürokratie abbauen und sich zügig und verlässlich um die Angelegenheiten der Bürger_innen kümmern.

Die Stadt Wien ist direkt und indirekt an mehr als 400 Unternehmen, Stiftungen, Fonds und anderen Organisationen beteiligt. Die Beteiligungen setzen trotz formaler Unabhängigkeit in vielen Fällen die politische Agenda der rot-grünen Stadtregierung um. Dies führt dazu,

dass Entscheidungen getroffen werden, die der Partei nutzen, aber dem Unternehmen schaden. Die Opposition hat keinerlei Kontrollrechte über diese Beteiligungen. Auch nicht darüber, was mit Steuergeldern geschieht, die von der Stadt Wien an die Unternehmensbeteiligungen gezahlt werden.

- Die Stadt hat ein strategisches Beteiligungsmanagement und ein davon getrenntes Beteiligungscontrolling einzurichten.
- Die historisch gewachsenen Strukturen der Beteiligungen müssen kritisch hinterfragt und ihre Zweckmäßigkeit und Effizienz evaluiert werden.
- Kurzfristig sind die ausgegliederten Unternehmungen der Stadt Wien (Wien Kanal, Wiener Wohnen und Krankenanstaltenverbund) vollständig im Budget der Gemeinde Wien auszuweisen.
- Kernkompetenz des Magistrats müssen Verwaltungstätigkeiten und hoheitliche Aufgaben werden. Am Markt operativ tätige Magistratsabteilungen sowie Beteiligungen mit Zweck im öffentlichen Interesse sind daher mittelfristig in funktionell gegliederte Holdinggesellschaften für Infrastruktur, Immobilien, Gesundheit und Kunst und Kultur neu zu gliedern.
- Da die Stadt Wien Aufgaben an Unternehmen mit ihrer Beteiligung auslagert, unterliegen diese nicht mehr der Kontrolle des Gemeinderates, zum Teil auch nicht mehr der Kontrolle des Rechnungshofes. Solche Konstruktionen ermöglichen strukturelle Korruption und müssen daher rasch überprüft und gegebenenfalls aufgelöst werden.
- Im Gegenzug sind ausgegliederte Organisationseinheiten, die hoheitliche Aufgaben ausführen, aufzulösen und in den Magistrat einzugliedern.
- Wir fordern eine konsolidierte Bilanz der Stadt Wien, ihrer Unternehmungen und aller Körperschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit. Alle Bilanzen sollen gemeinsam mit dem Rechnungsabschluss der Stadt Wien veröffentlicht werden.